



Gemeindeverwaltung Ostermundigen
Schiessplatzweg 1
3072 Ostermundige

Per E-Mail an:
vernehmlassung@ostermundigen-bern.ch

15. Dezember 2022

Stellungnahme zum ausgehandelten Fusionspaket

Sehr geehrter Herr Gemeindepräsident
Sehr geehrte Gemeinderätinnen und Gemeinderäte
Sehr geehrte Damen und Herren

Wir danken Ihnen für die Möglichkeit zur Stellungnahme. Die SP Ostermundigen befürwortet die Fusion der Einwohnergemeinde Ostermundigen und der Stadt Bern.

Wir möchten dem Gemeinderat ausdrücklich für die geleistete Arbeit danken. Das ausgehandelte Fusionspaket ist insgesamt sehr gut. Die Ostermundiger Bevölkerung bekommt mit der Fusion mehr Leistungen für weniger Geld.

Nach der Auswertung der Vernehmlassung muss der Gemeinderat klar und deutlich Stellung beziehen und die Chancen einer Fusion als Zukunftsprojekt für die nächsten 30 bis 50 Jahre aufzeigen. Die Arbeiten sind so weit fortgeschritten, dass der Fusionsentscheid nun zwingend durch die Stimmberechtigten der beiden Gemeinden gefällt werden muss.

Wir erwarten im Hinblick auf die Volksabstimmung, dass sich die Gemeinderatsmitglieder aktiv für die Fusion engagieren. Sie sind in der Pflicht, bei allen Betroffenen Vertrauen zu schaffen, indem sie aktiv auf sie zugehen und die Vorteile und Chancen einer Fusion erklären.

Freundliche Grüsse
Für die SP Ostermundigen

Kathrin Balmer
Präsidentin

Stefanie Dähler
Vizepräsidentin

Frage 1

Sind aus Ihrer Sicht sämtlichen relevanten Aspekte in den Unterlagen abgehandelt oder fehlen wichtige Punkte?

Die SP Ostermundigen dankt für die auf technischer Ebene insgesamt sehr umfassenden Unterlagen. Etwas dürftig sind aus unsere Sicht die Angaben im Erläuterungsbericht zu den Teilprojekten Finanzen und Personal.

- Finanzen: Ostermundigen braucht aktuell die letzten Reserven auf. Aus den Unterlagen wird aber zu wenig deutlich, dass das mittel- und langfristig nicht so weitergehen kann. Vor wenigen Jahren hat die Aufgaben- und Leistungsüberprüfung ALÜ ergeben, dass Ostermundigen keinen „Speck“ hat. Das heisst, wenn man den Gürtel immer noch enger schnallt, spart man sich zu Tode. Die Gemeinde Ostermundigen kann seinen Einwohnerinnen und Einwohner aufgrund der angespannten Finanzlage deutlich weniger Leistungen bieten als die Stadt Bern, obwohl auch Bern vor finanzpolitischen Herausforderungen steht. Die Mehrleistungen, die die Ostermundigerinnen und Ostermundiger mit der Fusion erhalten würden, könnte sich die Gemeinde Ostermundigen im Alleingang niemals leisten. Das muss von den beiden Exekutiven so kommuniziert werden.
- Personal: Es wird zu wenig deutlich, dass Ostermundigen mit dem aktuellen Fach- und Arbeitskräftemangel ohne Fusion schlicht nicht mehr genügend Personal finden wird. Schon heute ist es so, dass viele Stellen über längere Zeit vakant sind und mehrmals ausgeschrieben werden müssen, was zu hohen Kosten für die Rekrutierung und die Aufgabenerfüllung durch Externe führt. Zudem wird das bestehende Personal stärker belastet, was zu Ausfällen führt und eine Negativspirale auslösen kann. Beim Thema Rentenalter und Lohnbesitzstand braucht es weitere Ausführungen und Erläuterungen.

Schwerer wiegt aus Sicht der SP Ostermundigen, dass eine politische Würdigung durch die jeweilige Exekutive fehlt, die auch die Chancen einer Fusion als Zukunftsprojekt für die nächsten 30 bis 50 Jahre aufzeigt. Dies ist vor allem deshalb störend, weil der Ostermundiger Gemeinderat gut verhandelt hat und stolz darauf sein könnte. Ausserdem wird im Erläuterungsbericht mehrmals darauf hingewiesen, dass Gemeindefusionen „systembedingt“ von den Exekutiven der beteiligten Gemeinden ausgehandelt werden. Wir erwarten hier in der verbleibenden Zeit bis zur Abstimmung mehr Leadership und Enthusiasmus.

Die Fusion ist eine historische Chance, die man nicht verpassen darf, wie frühere Fusionsversuche von Agglomerationsgemeinden wie die Viertelsgemeinde Ostermundigen als Teil der Einwohnergemeinde Bolligen, Bremgarten und Zollikofen zeigen. Die Fusionswünsche der Agglomerationsgemeinden wurden in der Vergangenheit immer von der Stadt Bern abgelehnt. Dies obwohl beispielsweise der Schiessplatz für die Stadt Bern rund hundert Jahre lang in Ostermundigen war und die Bevölkerung stark unter dem Schiesslärm litt.

Zu berücksichtigen ist auch, dass Ostermundigen erst seit 1983 eine eigene Gemeinde ist und vorher als Viertelsgemeinde zur Einwohnergemeinde Bolligen gehörte.

Was ebenfalls fehlt ist eine Analyse der langfristigen Auswirkungen auf Wirtschaft, Umwelt und Gesellschaft, wie dies beispielweise bei Geschäften des Grossen Rats üblich ist.

- Eine solche Analyse könnte aufzeigen, dass die wirtschaftliche Dynamik einer fusionierten Gemeinde deutlich grösser wäre als die Summe der beiden heutigen Gemeinden und so für alle einen deutlichen Mehrwert erzeugen könnte.
- Klimapolitische Herausforderungen, aber auch die Biodiversität kennen per se keine Grenzen. Zusammenhängende Schutzgebiete und eine Verkehrspolitik aus einer Hand bringen der

Umwelt, aber auch der Wirtschaft und Gesellschaft einen deutlich grösseren Nutzen, als wenn jede Gemeinde für sich versucht, etwas zu erreichen.

- Auf der Hand liegen auch die positiven Auswirkungen auf die Gesellschaft: Die Demokratie würde davon profitieren, dass die Bürgerinnen und Bürger von Ostermündigen in dem Raum, in dem sie sich täglich bewegen, mitbestimmen könnten. Einwohnerinnen und Einwohner von Ostermündigen, die zu tiefen Löhnen in Bern arbeiten oder Pensionierte mit tiefen Renten, die aufgrund der tieferen Mieten nach Ostermündigen gezogen sind, könnten endlich von den gleich hohen Leistungen und den ausgebauten Angeboten im Bereich Integration, Altersarbeit und Soziales profitieren, wie die Einwohnerinnen und Einwohner der heutigen Stadt Bern.

Frage 2

Befürworten Sie zum heutigen Zeitpunkt eine Fusion zwischen der Stadt Bern und der Einwohnergemeinde Ostermündigen? Welches sind die Gründe für Ihre Haltung dazu?

Die SP Ostermündigen hat die Fusion mit einer Resolution an ihrer HV und einer überparteilichen Motion im GGR angestossen. Wir sehen weiterhin deutlich mehr Chancen als Risiken für beide Gemeinden. Der Gemeinderat von Ostermündigen hat gut verhandelt, das Gesamtpaket ist für Ostermündigen vorteilhaft: Mit einer Fusion bekommen wir mehr Leistungen, einen besseren Service public für weniger Steuergeld. Das Vereinsleben wird weiterhin grosszügig unterstützt und eine innovative Lösung ermöglicht eine echte Mitbestimmung im neuen Stadtteil Ostermündigen. Die fusionierte Gemeinde wird dem Fach- und Arbeitskräftemangel viel besser entgegenreten können und für die Bewältigung von Herausforderungen wie der Digitalisierung viel besser positioniert sein.

Zentral ist aus Sicht der SP Ostermündigen die Angleichung der Leistungsstandards bei den sozialen Angeboten:

- Altersarbeit, Kompetenzzentrum Alter: Veranstaltungen, Beratung, Generationenprojekte, Finanzierung / Betreuungsgutsprachen für Unterstützung zu Hause usw.
- Frühförderung «primano»
- Höhere Ansätze Kita-Gutscheine, Vergünstigungen für Säuglinge
- Ferienbetreuung Tagesschulen
- Fachstelle schulische Gesundheitsförderung und Prävention
- Schulärztlicher Dienst
- Schulzahnärztlicher Dienst
- Soziokultur und Gemeinwesenarbeit (Fäger; Jugend-Job-Börse; Familie & Quartier; Kaffeetreffe für SeniorInnen; Nähateliers; Sozialberatungen; Einzelberatungen für Migrant*innen durch interkulturelle Vermittlerinnen in den Sprachen Tigrinya, Amharisch, Albanisch, Tamilisch, Arabisch, Türkisch und Kurdisch; Elterncafés; Femmes-Tische; Vermietung Räumlichkeiten usw.)
- Integrationsangebote, Deutschkurse für Migrantinnen und Migranten
- Sozialhilfe nach dem Standard der Stadt Bern (z.B. Mietzinsrichtlinien)
- Ergänzungsleistungen (Mietzinsmaxima)
- PINTO – Prävention, Intervention, Toleranz: Mobile Interventionsgruppe, die sich im öffentlichen Raum für eine konfliktfreie Koexistenz aller Bevölkerungsgruppen einsetzt

In Ostermündigen ist eine Steuererhöhung ohne Fusion unumgänglich, auch wenn es in der Schweiz in den nächsten Jahren nicht zu einer starken, lang anhaltenden Rezession kommt. Die Steuern sind

in Ostermundigen im Vergleich mit den umliegenden Agglomerationsgemeinden schon heute am höchsten, was es schwierig macht, Firmen und somit Arbeitsplätze und Steuereinnahmen anzulocken. Mit der Fusion werden die Steuern zwei Zehntel tiefer liegen als ohne. Davon profitiert vor allem der gut situierte Mittelstand, also jene Personen, die Ostermundigen mit O'mundo anlocken will. Für Personen mit tiefem und mittlerem Einkommen fallen die Steuern weniger ins Gewicht als beispielsweise die höheren Ansätze bei den Kita-Gutscheinen und bessere soziale Angebote und Dienstleistungen. Mit dem tieferen Steuersatz von Bern zahlen bei einer Fusion auch Unternehmen in Ostermundigen weniger Steuern.

Wir teilen die Einschätzung im Finanzbericht, dass Bern und Ostermundigen – wie die meisten Städte und Agglomerationsgemeinden – unabhängig von einer Fusion vor grossen finanziellen Herausforderungen stehen. Die Fusion birgt die Chance, dass diesen Herausforderungen gemeinsam besser entgegengetreten werden kann.

Positiv würdigen möchte die SP Ostermundigen, dass für die Stadtteilkommission innovative Lösungen im Sinn eines Pilotprojekts gefunden wurden. Zentral ist ihre Rolle bei der Verteilung der Beiträge an die Vereine. Für ihre Legitimation ist es wichtig, dass sie Versammlungen einberufen kann. Um die Stadtteilkommission breit abzustützen und um der Befürchtung von Teilen der Bevölkerung etwas entgegenzusetzen, sie würden in Zukunft keine Stimme mehr haben, plädieren wir für eine Volkswahl der Stadtteilkommission. Die starke Stadtteilkommission ist auch eine Kompensation dafür, dass Ostermundigen in der ersten Legislatur kein vollwertiges Gemeinderatsmitglied erhält. Eine befristete „Vorzugsbehandlung“ im Rahmen der Fusion ist gerechtfertigt, weil Ostermundigen mit der Fusion Autonomie abgibt. Der Ostermundiger „Pilot“ soll aber nicht die zukünftige Modellwahl bei der Quartierbeteiligung auf Stadtgebiet vorwegnehmen.

Ebenfalls positiv ist aus Sicht der SP Ostermundigen, dass die Rolle der/des Fusionsbeauftragten gestärkt wurde, indem diese Person selbst bestimmen kann, welche Geschäfte sie/er als fusionsrelevant einstuft und dank einer starken Stadtteilkommission, der die fusionsbeauftragte Person vorsteht.

Für die Ostermundiger Bevölkerung ist ebenfalls wichtig, dass O'mundo Bestand haben wird – die Ortsplanungsrevision wurde und wird in einem partizipativen Prozess erarbeitet und die Räumliche Entwicklungsstrategie (RES) wurde im GGR einstimmig angenommen. Langfristig erfolgt die Stadtplanung aber aus einer Hand: Gebiets- und Arealentwicklungen lassen sich besser aufeinander abstimmen und optimieren, Potenziale entlang der heutigen gemeinsamen Grenzen sind einfacher zu realisieren.

Gegenüber externen Partnern wird die Verhandlungsmacht und das Gewicht der fusionierten Gemeinde grösser, zum Beispiel gegenüber SBB und BLS, wenn es um die Verkehrsdrehscheibe am Bahnhof geht. Zugleich bekommt der städtische Lebensraum gegenüber dem ländlichen Bern mehr Gewicht. Das fusionierte Bern wird zur viertgrössten Stadt der Schweiz. Das ortsansässige Gewerbe bekommt mit dem Firmensitz Bern einen Imagegewinn.

Frage 3

Haben Sie Bemerkungen oder Fragen zur Fusion resp. zu den vorliegenden Unterlagen?

Die Gemeinderäte von Ostermundigen und Bern haben viel Aufwand betrieben, um ein ausgewogenes Paket zu schnüren. Die Arbeiten sind so weit fortgeschritten, dass der Fusionsentscheid nun zwingend durch die Stimmberechtigten der beiden Gemeinden gefällt werden muss.

In einem nächsten Schritt müssen die beiden Exekutiven aktiv die Chancen der Fusion aufzeigen. Sie haben es bisher ungenügend geschafft, bei allen Betroffenen Vertrauen zu schaffen. Dafür braucht es nun zwingend Überzeugungsarbeit der Gemeinderatsmitglieder und insbesondere der beiden Gemeindepräsidenten. Sie müssen aktiv auf alle Akteure zugehen.

- Personal der Gemeinde Ostermundigen, vertreten durch die Personalkommission Peko und die Gewerkschaft VPOD: Enge Absprachen und Verhandlungen auf Augenhöhe sind in der nächsten Phase zwingend. Die SP Ostermundigen erwartet, dass die zurzeit noch offenen Fragen nach Ablauf der Vernehmlassung in weiteren Verhandlungen zwischen den Sozialpartnern bzw. mit den Gewerkschaften geklärt werden. Insgesamt ist noch deutlicher aufzuzeigen, dass das Personal im Rahmen der Anstellung bei der Stadt Bern insgesamt bessere Anstellungsbedingungen antrifft und mehr Ressourcen für die Aufgabenerfüllung zur Verfügung hat.
- Quartierorganisationen der Stadt Bern: Die Quartierorganisationen müssen besser informiert werden, dass es bei der Stadtteilkommission Ostermundigen nicht nur um ein fusionsbedingtes, befristetes Sonderrecht für Ostermundigen geht, sondern auch und vor allem um ein innovatives Modell mit Pilotcharakter, das auf andere Stadteile ausgeweitet werden kann, wenn es sich bewährt. Es nimmt aber die zukünftige Modellwahl in der heutigen Stadt Bern nicht vorweg.
- Vereine in Ostermundigen: Der Gemeindepräsident muss auch jene Vereine, die nicht in der Begleitgruppe vertreten sind, aktiv informieren, dass sie mit der Fusion keinerlei Verschlechterungen zu befürchten haben.
- Bevölkerung, insbesondere ältere Generation: Die Bevölkerung muss noch besser einbezogen werden, sonst haben rückwärtsgewandte Akteure Erfolg, die Angst und Misstrauen schüren, wie das der Verein mit dem irreführenden Namen „Zukunft Ostermundigen“ macht.

Aufgaben in Bereichen wie dem Erwachsenen- und Kinderschutz und dem Sozialdienst sollen auch mittel- und langfristig dezentral organisiert werden und verstärkt aufsuchend und präventiv arbeiten können. Davon würde nicht nur Ostermundigen profitieren, sondern auch die bisherigen Stadtteile von Bern.

Im Bereich Finanzen muss die Kommunikation transparenter werden. Es wird aus den Vernehmlassungsunterlagen viel zu wenig deutlich, dass Bern viel „reicher“ ist als Ostermundigen. Man könnte nämlich sagen, Bern ist dreimal reicher als Ostermundigen. Das lässt sich anhand von diversen Kenngrössen illustrieren, z.B. dass Bern im Durchschnitt 2016-2019 zwar eine Nettoschuld von 1'796 CHF pro Einwohner:in hatte gegenüber 620 CHF in Ostermundigen, aber ein Eigenkapital von 6'824 CHF pro Einwohner:in, während Ostermundigen nur ein Eigenkapital von 930 CHF hatte. Der Hauptunterschied der beiden Finanzstrategien müsste ebenfalls klar benannt werden: Bei der Stadt Bern steht der Allgemeine (steuerfinanzierte) Haushalt im Vordergrund, in Ostermundigen jedoch der Gesamthaushalt inklusive der gebührenfinanzierten Leistungen (Abwasser, Wasser, Abfall und Feuerwehr). Das verfälscht das Bild und lässt die Finanzlage für Ostermundigen zu positiv, für Bern zu negativ aussehen.

Der Soziallastenindex der einzelnen Schulen soll auf Basis der Zahl der tatsächlich die Schule besuchenden Schüler:innen und nicht des Quartiers berechnet werden. Der Kanton Bern gewährt der fusionierten Stadt Bern die IBEM-Lektionen (Integration und besondere Massnahmen) gemäss Zahl der Schüler:innen. Die Stadt Bern verteilt die Lektionen nach dem sogenannten Sozialindex. Der neue Schulkreis Ostermundigen kann mit zusätzlichen Lektionen rechnen.